

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich, Sonntags- und Feiertagsausgabe Nr. 33.

Regelnummer: Die Anzeiger sind für Anzeigen aus dem Erzgebirge zu Goldpreisen, auswärtige Anzeigen zu Goldpreisen, Kellern- und Postnummern, amtliche Zelle zu Goldpreisen.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 118 Sonnabend, den 23. Mai 1925 20. Jahrgang

Die Mehrheit für Luther.

214 gegen 129 Stimmen.

Die politische Debatte die sich an die Beratung des Haushalts des Reichsaussenministeriums und des Reichsfiskus angeschlossen, ist gestern nachmittag zu Ende geführt worden. Um 1/5 Uhr gelangte das Haus bereits zur Abstimmung. Es lagen zwei Anträge vor, die beide ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett Luther verlangten. Der eine Antrag war von den Sozialdemokraten eingebracht, der andere von den Kommunisten. Die Parteien, die die Regierung unterstützen, hatten von der Einbringung eines Misstrauensvotums abgesehen. Die Sozialdemokraten hatten ebenso wie die Kommunisten namentliche Abstimmung über ihren Antrag gefordert. Das Haus war, als die Abstimmung erfolgte, verhältnismäßig schwach besetzt. Weit über hundert Abgeordnete fehlten. Doch da das Abstimmungsergebnis von vornherein kaum zweifelhaft sein konnte, hatte das wei-

ter keine Bedeutung. Für den sozialdemokratischen Misstrauensantrag wurden 129 Stimmen abgegeben, gegen ihn 214 Stimmen. 25 Abgeordnete hatten sich der Abstimmung enthalten. Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten außer den Sozialisten noch die Kommunisten und Nationalsozialisten. Wegen ihn die Deutschen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Bayerische Volkspartei und der größte Teil des Zentrums. Enthalten haben sich der Abstimmung die Demokraten und die Bismarcker.

Der kommunistische Misstrauensantrag, der sich gegen den Reichsfiskus und den Außenminister richtete, wurde sodann in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten abgelehnt.

Italiens Außenkurs.

Mussolini nahm in seiner Rede vor dem Senat, in der er zunächst auf den seit einigen Monaten in der europäischen Politik eingetretenen Stillstand hinwies und sich zur Wahl v. Hindenburg zum Reichspräsidenten äußerte, auch zu kolonialen Fragen Stellung. Er sagte: Escherabub gehört uns von Rechts wegen, und ich hoffe, daß wir es bald um so mehr anerkennen werden, als die Dase von Escherabub auch vom geographischen Gesichtspunkt aus zur Erythraica gehört. Die englische Regierung steht in dieser Frage vollkommen auf Seiten der italienischen Regierung.

Mussolini erklärte weiter: Unsere Beziehungen zu Jugoslawien sind herzlich und ausgezeichnet. Ich sehe der Nachbarnation gegenüber die durch den Freundschaftsvertrag eingeleitete Politik fort, die in dem Handelsvertrag greifbare Gestalt gefunden hat. Auf der italienisch-jugoslawischen Konferenz in Florenz ist man dabei, 28 ergänzende Abkommen auszuarbeiten und zu unterzeichnen, die die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien erleichtern sollen.

Nach einem Hinweis auf das in der italienischen Wiederaufbauzone Gesehete bemerkte Mussolini zu den Ereignissen in Bulgarien: Die italienische Regierung war in Uebereinstimmung mit den Alliierten für das Ruheständnis an Bulgarien hinsichtlich der 10 000 Mann Militär. Ich glaube daß die bulgarische Regierung jetzt Herr der Lage ist. Zweifellos muß vermieden werden, daß Bulgarien ein Herd des Bolschewismus auf dem Balkan wird, aber es muß auch vermieden werden, daß etwaige Rüstungen Bulgariens dort zu einer Misstrimmung, zu Streitigkeiten und zu einer Störung des Gleichgewichts führen.

Hinsichtlich der Beziehungen zu Rußland führte Mussolini aus: Es besteht kein Zweifel über die Zweckmäßigkeit der von der italienischen Regierung befolgten Politik der Anerkennung der Sowjets. Der Schalter, der uns hinderte, das zu tun, was doch geschah, und was für alle Welt von Interesse ist, mußte zerissen werden. Selbst die bolschewistischen Führer geben zu, daß das kommunistische Experiment vollkommen gescheitert ist, weil der Kommunismus mit seiner Gleichmacherei in Widerspruch zum Leben, zur Gerechtigkeit und zur Natur selbst steht. Ich halte es nicht für möglich, daß Rußland zu dem kriegerischen Kommunismus von 1921 zurückgeführt werden kann. Wir werden uns an den Gedanken gewöhnen müssen, daß Rußland ein großes Land mit kleinen Bestreben sein wird, geleitet von einer Partei, die mit dem Fortschritt gehen und auf die Forderungen des Tages Rücksicht nehmen muß. Zweifellos arbeitet die dritte Internationale noch an der Schaffung einer wissenschaftlichen und systematischen Propagandaorganisation, und wahrheitsgemäß wird sich ihre Wirksamkeit im Auslande verstärken. Immerhin liegt kein Grund zu ernstlicher Sorge für Italien vor. Wir kennen sehr gut die italienischen Kommunisten. Es handelt sich um unbedeutende Kräfte, die in der Arbeiterklasse keinen großen Anhang besitzen. Ich glaube nicht, daß die russische Regierung ihre diplomatische Stellung gefährden möchte indem sie den Regierungen, bei denen sie beurlaubte Vertreter hat, Anlaß zum Argwohn gibt. Ich muß mit aller Deutlichkeit erklären, daß die Haltung der diplomatischen Vertreter Rußlands und selbst die seiner Handelsattachés in Italien bisher vollkommen korrekt war und ich hoffe, daß es in Zukunft dabei bleiben wird. Ich behalte mir noch vor in der Kammer einige Erklärungen zugunsten des italienisch-russischen Handelsvertrages abzugeben, wenn er auch keine hervorragenden Ergebnisse gezeitigt hat.

Bezüglich des Sicherheitspaktes sagte Mussolini: Gestern abend habe ich den Wortlaut der von der französischen Regierung entworfenen Antwort an Deutschland erhalten. Es ist ein sehr wichtiges Schriftstück, das die Haltung der französischen Regierung darlegt. Der Gesichtspunkt der italienischen Regierung ist folgender: Die Regierung ist für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und auch dafür, daß Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundrat einnimmt. Man kann nicht an einen Garantiepakt zu denken, sondern muß einen Garantiepakt mindestens zu fünf und andere etwaige Garantiepakete meiner Ansicht nach im gegebenen Augenblick unter die Flagge des Völkerbundes gestellt werden, dem Deutschland angehören würde. Nicht nur die Rheingrenze, sondern auch die Brennergrenze muß garantiert werden. Ich muß noch in diesem Zusammenhang die Stellungnahme der italienischen Regierung zu der in Oesterreich und Deutschland betriebenen Propaganda für den Anschluß Oesterreichs an Deutsch-

Weihe des Hauses des Deutschtums in Stuttgart.

Im Saal des Hauses des Deutschtums fand am Himmelfahrtstag nachmittags die Weihe des Hauses statt, das den Auslandsdeutschen gewidmet sein soll. Unter den außerordentlich zahlreich erschienenen Festgästen waren der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Reichsinnenminister Schiele, Reichstagspräsident Lobe, Abgeordnete aller Reichstagsfraktionen, der württembergische Staatspräsident Bazille, der bayerische Ministerpräsident Dr. Selb, der badische Staatspräsident Dr. Dellpach, württembergische Minister, der Oberbürgermeister Stuttgart, Direktoren der württembergischen Hochschulen, außerdem zahlreiche Abgeordnete des württembergischen Landtages, die Spitzen von Kunst, Wissenschaft Industrie und Handel anwesend.

Nach dem Vortrage des von dem Danziger Dichter Paul Enderling gedichteten Weibespruchs begrüßte Erzengel v. Sinte, der Vorsitzende des Verwaltungsrats des deutschen Auslandsinstitutes, die Festversammlung und führte u. a. aus: Dieses Haus weihen wir heute dem Deutschtum, von dem flüch des Rheines angeblich 20 Millionen Deutsche zu viel sein sollen und dem Deutschtum, das in unseren Kolonien und in der Diaspora um seine Existenz kämpft. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir nicht allen Anforderungen gerecht werden können, doch wollen wir uns in dem Bewußtsein zusammenfinden: Du bist ein Deutscher, und dieses Bewußtsein muß zu einem Instinkt werden, der sich überall geltend macht. Wir firmen in unserem Zusammenschluß nicht auf Wache, aber wir firmen auf die Verwirklichung unseres Rechtes.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann überbrachte die Wünsche der Reichsregierung und des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der sich im Geiste unter der Festversammlung fühle und der Idee alles Gute wünsche.

Darauf sprach der Präsident des Reichstages Lobe. Das Haus des Deutschtums erinnere daran, daß es vielen nicht vergönnt gewesen sei, Arbeit und Trost in der Heimat zu finden. In diesem Sinne solle das Haus ein Wahrzeichen der Heimat und der Zusammengehörigkeit sein. Möge es dazu beitragen, daß sich die Achtung vor deutscher Arbeit und Wissenschaft durch die Auslandsdeutschen in jedes Volk senke. Präsident Lobe überbrachte auch namens des deutsch-österreichischen Völkerbundes dem Haus die herzlichsten Wünsche und glaubte, daß gerade der heutige Tag geeignet sei, den österreichischen Brüdern zuzurufen: „Einmal kommt der Tag, an dem das Recht der Selbstbestimmung auch für Euch kommen wird. Wartet die Treue für alle Zeit.“

Der württembergische Staatspräsident Bazille führte aus, der Schwabe hält zäher als mancher andere Völkstamm an seiner Eigenart fest, aber er hält auch um so zäher an der deutschen Zusammengehörigkeit fest. Das Haus des Deutschtums weckt auch bei uns die Hoffnung auf ein Großdeutschtum der Zukunft. Mögen die Tage des Deutschtums in Stuttgart die kommende Mission des deutschen Volkes vorbereiten!

Nach diesen Ansprachen übergab Prof. Schmitt-Hanner-Stuttgart, der den Bau des Hauses entworfen und geleitet hat, das Haus dem Deutschen Auslandsinstitut mit den Worten: „In Gottes Gut und deutschem Frieden habe das Haus Bestand, die Arbeit drinnen werde zum Segen für das deutsche Vaterland.“

Abdel Krim predigt den Kommunismus.

Wie die spanischen Wälder berichten, erzählen aus Oran in Alicante eingetroffene Reisende, Abdel-Krim predigt mit Erfolg unter der Bevölkerung den Kommunismus.

Der Privatkorrespondent des „Matin“ in Tanger berichtet, die Abgeordneten Abd-el-Krims stellen die schwankenden Stämme vor die Wahl, entweder Abd-el-Krim zu unterstützen oder eine hohe Steuer für die in Not befindlichen Eingeborenen zu entrichten. So seien die Dschebalas veranlaßt worden, für Abd-el-Krim Kriegsdienste zu tun, und auch die Beni Uros hätten dies der Wegnahme allen Besitzes vorgezogen.

Die Lage an der französischen Marokkofront.

Paris, 21. Mai. Wie Savas aus Fez berichtet, besagt das offizielle Communiqué über die Lage in französischer Marokko, im Westabschnitt sei die Lage stationär, der Feind habe jedoch 400 Mann Verstärkung erhalten. Es sei zu einem Kampfe von Mann zu Mann gekommen. Man habe sich einem erbitterten Feinde gegenüber befunden, der 60 Tote auf dem Platze zurückgelassen habe. Im mittleren Abschnitt habe sich die Lage nicht merklich geändert. Feindliche Truppenzusammenschließungen in Unergha seien festgestellt worden. Der feindliche Einbruch in Ain Maatuf verstärkte sich. Im Osten sei die Lage unverändert.

Eine weitere Haasmeldung aus Fez besagt, der Generalstabchef des Generals Diautey bestätige, daß das Eintreffen der Verstärkungen es erlaube, die ganze Front zu sichern und aus der passiven in die aktive Defensive überzugehen und den Angriff der Militee zurückzuweisen. Die Bildung der Front sei ihrer Vollendung nahe. Sie umfasse starke Bolkwerke, die den französischen Truppen als Operationsbasis dienen würden. Die Dedung von Fez und der Gegend im Nordwesten sei jetzt gesichert. Man könne der weiteren Entwicklung mit größtem Vertrauen entgegensehen trotz des ersten Charakters, den die Lage behalte.

Der Sonderkorrespondent des „Journal“ in Fez meldet, daß Abd-el-Krim kein Hauptquartier im Wdir, ein bis 80 Kilometer von der Wdubuzemadai entfernt, aufgeschlagen habe. Wdir befinde sich in der spanischen Pone. In der Frankreich nur auf Grund besonderer diplomatischer Abmachungen eingreifen könne.

Stresemanns Rede eine Kriegserklärung an Polen!

Warschau, 20. Mai. Rum außenpolitischen Erpösee des Reichsministers Dr. Stresemann schreibt die nationaldemokratische „Gazeta Poranna“: Wir hören jetzt die Erklärung, daß eine Veränderung der deutschen Ostgrenze eine Frage der Macht sei. Es ist klar, daß sich der Wille finden wird, sobald die Macht vorhanden sein wird. In dem Wiederaufbau seiner Macht arbeitet Deutschland unerschütterlich seit dem Augenblick seiner letzten Niederlage.

In der christlich-nationalen „Warszawianka“ schreibt Professor Stronski: Trotz aller Vorbehalte, bei einer Grenzänderung nicht zur Macht Zuflucht zu nehmen, ist die Rede Stresemanns eine Kriegserklärung an Polen und den Versailler Vertrag.

Der radikale „Kurjer Wozanny“ sagt: Es ist in Polen niemals verborgen geblieben, daß der deutsche Militarismus die Vergeltung fordert und hierzu keine Berechtigung trifft, sich heute aber noch nicht kräftig genug fühlte, den Vandalenbruch zu wagen.

rnverein
T.)
fahrtsge
derung.
6 Uhr am
arten.
ort
haus
ch
Mlich.
chuhe
führungen
elwert
Sie in
warenhaus
Tel. 319.
fe
ert blüht
Zeit
langer
fabrik, Kur
Wettinplatz
e frei.
Tageblatt
n
er
ber
ue
ten
mit
ung.
an
ik
bräu
rau.
ih.
l. Mai.
k